

Stipendienzugang gerechter gestalten

Einleitung

Bildungserfolg darf in der Schweiz keine Frage des Geldbeutels sein. Dennoch entscheiden heute finanzielle Faktoren zu oft darüber, ob junge Menschen ein Studium aufnehmen und abschliessen können (VSS, 2021). Die finanzielle Situation vieler Studierender hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft. Nur noch etwa 7,2 % der Lernenden und Studierenden erhalten überhaupt ein Stipendium. Im Jahr 2004 waren es noch rund 10 % (BFS, 2024). Gleichzeitig decken Stipendien im Jahr 2024 im Schnitt lediglich 4 % des Budgets von allen Studierenden in der Schweiz, bei Studierenden, die als Erste in ihrer Familie ein Hochschulstudium absolvieren (Erstakademiker:innen), rund 9 % (SBFI, 2023), was ihre Wichtigkeit für die Chancengerechtigkeit hervorhebt.

Ein grundlegendes Problem besteht darin, dass Stipendien in der Schweiz nicht existenzsichernd ausgestaltet sind. Sie gelten rechtlich als Ausbildungsbeiträge und nicht als Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts. Damit bleibt die Studienfinanzierung oft lückenhaft, was Studierende zwingt, neben dem Studium zu arbeiten oder auf zusätzliche Unterstützung, etwa durch Sozialhilfe oder familiäre Beiträge, angewiesen zu sein.

Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten und geplanter Sparmassnahmen wie dem Entlastungspaket 27 (EP27) des Bundes ist politisches Handeln dringend geboten. Sollte das EP27 des Bundes umgesetzt werden, das unter anderem eine Verdopplung der Studiengebühren vorsieht, ist eine Reform des Stipendiensystems unabdingbar, um den chancengleichen Zugang zur Bildung für alle zu sichern. Dies betrifft insbesondere Studierende aus einkommensschwachen Haushalten, die bereits jetzt Schwierigkeiten haben, mit den steigenden Kosten umzugehen und sich infolge finanzieller Unsicherheit gegen ein Studium entscheiden oder dieses vorzeitig abbrechen müssen.

Die anhaltenden Missstände im Stipendienwesen, von kantonalen Ungleichheiten bis hin zu unzureichender finanzieller Unterstützung, gefährden die Chancengleichheit erheblich. Vor diesem Hintergrund richtet die folgende Resolution konkrete Forderungen an Bund und Kantone, um allen Menschen, unabhängig von sozialer Herkunft und Wohnort, ein Studium zu ermöglichen.

Forderungen des VSS

Die Delegiertenversammlung des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS) fordert Bund und Kantone auf, die Studienfinanzierung, insbesondere die Stipendien, grundlegend zu verbessern. Besonders sind folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Ausreichende Finanzierung sicherstellen: Die Ausbildungsbeiträge sind, um mindestens 30 % anzuheben, und jährlich an die vom Bundesamt für Statistik publizierten durchschnittlichen Lebenshaltungs- und Ausbildungskosten der Studierenden anzupassen. In Kantonen mit besonders hohen Miet- oder Lebenshaltungskosten ist ein kantonaler Zuschlag zu gewähren, der regionalen Unterschieden Rechnung trägt. Ziel ist es, die effektiven Lebenshaltungskosten, darunter Miete, Verpflegung, Studienmaterialien und Mobilität, realistisch abzubilden und angemessen zu decken.
2. Klare, transparente und zügige Vergabeverfahren gewährleisten: Die Antragsprozesse sind zu vereinfachen, zu digitalisieren und zu beschleunigen. Viele Studierende sehen sich heute mit langen Wartezeiten, uneinheitlichen kantonalen Verfahren und unklaren Entscheidungsgrundlagen konfrontiert. Dies führt zu Unsicherheit und kann insbesondere bei knappen finanziellen Verhältnissen den Studienbeginn oder -fortschritt erheblich erschweren.

3. Vergabekriterien an gesellschaftliche Realitäten anpassen: Faktoren wie Alterslimiten, Familienstand oder Ausbildungsweg (z.B. Zweitausbildung oder berufsbegleitendes Studium) dürfen nicht pauschal vom Zugang zu einem Stipendium/Stipendienzugang ausschliessen.
4. Nebeneinkünfte zulassen: Studierende sollen trotz Stipendium in angemessenem Umfang einer Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen, damit sie ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung haben. Gleichzeitig muss das verfügbare Einkommen aus Stipendium und maximal zulässiger Erwerbstätigkeit existenzsichernd sein.
5. Studienzugang für Sozialhilfebeziehende öffnen: Ein Studium muss auch für Personen möglich sein, die auf Sozialhilfe angewiesen sind oder waren. Durch angemessen existenzsichernde Stipendien sollen Studierende ihren Lebensunterhalt eigenständig bestreiten können, ohne weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen zu sein.
6. Elternabhängigkeit reduzieren und individuelle Härtefälle berücksichtigen: Es braucht Härtefallregelungen für Studierende, deren Eltern zwar formal über der zum Stipendienzugang berechtigenden Einkommensgrenzen liegen, sie jedoch faktisch nicht finanziell unterstützen können
7. Schweizweit einheitliche Mindeststandards einführen: Um die kantonalen Unterschiede in der Stipendienpraxis abzubauen, sind harmonisierte Mindeststandards festzulegen. Dies kann durch eine Stärkung des Interkantonalen Stipendienkonkordats oder durch das Bundesrecht erfolgen.

Begründung

Kantonale Unterschiede und ungleiche Chancen: Noch immer entscheidet der Wohnsitzkanton der Eltern massgeblich darüber, wie hoch die Chancen auf ein Stipendium sind, und in welchem Umfang Unterstützung gewährt wird (VSS, 2021). Diese Ungleichheit widerspricht dem Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit. Zwar trat 2013 das Interkantonale Stipendienkonkordat in Kraft, doch es formuliert nur rudimentäre Mindeststandards und wird nicht von allen Kantonen umgesetzt.

Rückläufige Reichweite der Stipendien: Die Anzahl der Stipendienbeziehenden ist seit 2004 deutlich gesunken (BFS, 2024). Gleichzeitig ist die Anzahl der Studierenden gestiegen. Das bedeutet, dass anteilmässig weniger junge Menschen Unterstützung erhalten. Besonders betroffen sind Erstakademiker:innen, die kaum familiäre Unterstützung erhalten und besonders auf finanzielle Absicherung angewiesen sind (SBFI, 2023).

In den letzten Jahren ist zudem zu beobachten, dass weniger Studierende überhaupt ein Stipendiengesuch einreichen. Nach Einschätzung des VSS und der Akteur:innen in diesem Bereich, mit denen der Verband in Kontakt ist, liegt dies nicht primär an einer höheren Ablehnungsquote, sondern an den komplexen und abschreckenden Antragsverfahren. Diese Entwicklung verdeutlicht den Bedarf nach einer Entkoppelung von der elterlichen Einkommensprüfung sowie nach vereinfachten, zugänglichen Verfahren, um den Zugang zu Stipendien insgesamt zu verbessern.

Unzureichende Beitragshöhe: Stipendien sind grundsätzlich nicht existenzsichernd. Selbst Studierende, die ein Stipendium erhalten, können damit meistens ihren grundlegenden Lebensunterhalt nicht decken. In den meisten Kantonen liegen die durchschnittlichen monatlichen Höchststipendien bei rund CHF 1'200 – 1'600, während die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten von Studierenden laut Bundesamt für Statistik bei etwa CHF 2'700 pro Monat liegen (BFS, 2024). Dies zwingt 72 % der Studierenden, im Durchschnitt zehn Stunden pro Woche neben dem Studium zu arbeiten. Das kann sich negativ auf den Studienerfolg auswirken, indem dadurch bspw. die Studienzeit verlängert wird (VSS, 2021).

Unzeitgemässe Ausschlusskriterien: Verschiedene Faktoren wie Alterslimiten, Ausschlüsse bei Zweitausbildungen, fehlende Regelungen für Personen mit Betreuungsverpflichtungen oder ungesichertem Aufenthaltsstatus verhindern vielfach eine chancengerechte Studienförderung durch den Zugang zu Stipendien bzw. Ausbildungsbeiträge (VSS, 2021).

Fazit

Das derzeitige Stipendiensystem ist nicht mehr zeitgemäss und wird seiner zentralen Aufgabe – Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten – nicht mehr gerecht. Immer weniger Studierende erhalten Unterstützung, und die ausgerichteten Beträge reichen in den meisten Fällen nicht aus, um die realen Lebenshaltungs- und Ausbildungskosten zu decken. Damit droht die soziale Selektivität im Bildungssystem weiter zuzunehmen.

Wenn Sparmassnahmen wie das EP27 umgesetzt werden, wird die Situation für Studierende mit begrenzten finanziellen Ressourcen unhaltbar. Eine umfassende Reform des Stipendiensystems ist daher unerlässlich. Bund und Kantone sind gefordert, jetzt zu handeln, für einen chancengleichen Zugang zur Hochschulbildung und dafür, dass Bildung in der Schweiz keine Frage des Geldbeutels ist.

Die Schweiz steht vor einer grundlegenden Entscheidung: Soll Bildung allen offenstehen – oder nur jenen, die sie sich leisten können? Die vorliegende Resolution ist ein eindringlicher Aufruf der Schweizer Studierenden an Bund und Kantone, endlich zu handeln. Bildung ist kein Luxusgut und auch keine Ware, sondern ein Grundrecht. Es braucht ein gerechtes, solidarisches und schweizweit einheitliches Stipendiensystem, das allen Menschen den Zugang zu akademischer Bildung ermöglicht.

Quellen

- VSS 2021. Positionspapier Studienfinanzierung. https://vss-vss.ch/wp-content/uploads/2024/12/2021-11-01_VSS_Studienfinanzierung_PP.pdf
- Bundesamt für Statistik 2024. Stipendienstatistik. [Bundesamt für Statistik | Bundesamt für Statistik - BFS](#)
- Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI 2023. Bericht Bildungsfinanzierung. [Bildungsbericht Schweiz 2023](#)